

## KULTUR

Winterthur Stadt | vor 14 Std

## Anwälte für Recht und Verfassung gesucht

Die Beachtung des Rechtsstaats liege im Argen, sagte Rechtsprofessor Rainer J. Schweizer vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft Winterthur. Seine Kritik war vor allem an Bern adressiert.

Neben den Juristen, die für ihre Klienten das Maximum herausholen – sie dominieren heute das Bild dieses Berufsstands in der Öffentlichkeit –, gibt es jene, für die Recht etwas mit Gerechtigkeit und Demokratie zu tun hat. Zu ihnen zählt Rainer J. Schweizer, emeritierter Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen.

In seinem Referat vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) Winterthur beklagte Schweizer am Dienstag «die völlige Aushöhlung unserer Verfassungsgrundsätze», eine «skandalöse Privilegiengesetzgebung» und den Verlust des Beamten-Ethos. Rund 70 Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten seinen Vortrag, mit dem die NHG Winterthur in ihr Jubiläumsjahr startete; sie wird im September 100 Jahre alt.

Seine Kritik richtete Schweizer vor allem gegen Legislative und Exekutive – die gesetzgebende Bundesversammlung und den Bundesrat –, denen er eine «massive Missachtung der Bundesverfassung» vorwarf. Seine Einschätzung untermauerte er mit zahlreichen Beispielen. So mit dem Zweitwohnungsgesetz, das von Bundesrat und Ständerat zum «Zweitwohnungsförderungsgesetz» umfunktioniert werde – was der Absicht der 2012 angenommenen Volksinitiative diametral widerspreche.

Auch die diskriminierende Minarettinitiative und das gegen die Menschenwürde verstossende lebenslängliche Berufsverbot für Pädophile führte Schweizer ins Feld. Er bezog sich sowohl auf Einzelfälle wie auf Grundsatzfragen, etwa die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen, die zunehmend missachtet werde. «Ist eigentlich der Rechtsstaat etwas Unangenehmes, etwas wie Hautjucken?», fragte Schweizer. Im Gegenteil – er sei die Grundlage für Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit, doch das Bewusstsein dafür schwinde.

### Korruption bekämpfen

Um die Balance wiederzufinden und die Rechtsethik zu stärken, gelte es unter anderem die Korruption zu bekämpfen, sagte Schweizer. Handlungsbedarf sieht er nicht zuletzt bei in der Schweiz ansässigen Organisationen wie dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und dem Weltfussballverband Fifa: «Herr Blatter muss abtreten.» Ausserdem müssten Lobbyisten ihre Verbindungen offenlegen.

Ganz oben auf Schweizers Agenda steht die Schaffung eines institutionellen Verfassungsschutzes (wie das in Deutschland das Bundesverfassungsgericht leistet): «Wir haben keine Hüter der Verfassung, die auf Bundesebene für die Einhaltung des Rechts sorgen.» Die Folge sei, dass man in Bern machen könne, was man wolle. Für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts empfahl Schweizer die Einführung von Bürgerpflichten, etwa für den Schutz in Katastrophenfällen und die Betreuung Kranker.

### Bürgerbewegungen

Angesichts des umfangreichen Katalogs lag eine Frage auf der Hand, die in der Diskussion mit dem Publikum denn auch gestellt wurde: «Woher soll die Kraft zur Reform kommen?» Er setze auf Bürgerbewegungen, meinte Schweizer und nannte die Rothenturm-Initiative zum Schutz der Moore als ermutigendes Beispiel. Diese war in den 1980er-Jahren von Bundesversammlung und Bundesrat abgelehnt, vom Volk aber angenommen worden.

Ebenfalls zur Sprache kam das viel diskutierte Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg. Hier mahnte eine Stimme, die in der Schweiz weit verbreitete Besorgnis gegenüber einer ausufernden Rechtsprechung des EGMR ernst zu nehmen. Helmut Dworschak

Helmut Dworschak

## LESERKOMMENTARE